Nachrichten aus der Forschung

Claudia Kemper

»Fenster im Kalten Krieg. Über Grenzen, Alternativen und Reichweite einer binären Ordnungsvorstellung«

Workshop des Instituts für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin, 26. bis 27. November 2015

DOI 10.1515/mgzs-2016-0080

Anders als der Haupttitel zunächst suggeriert, widmete sich der Workshop »Fenster im Kalten Krieg« weniger altbekannten Rissen im Eisernen Vorhang, sondern Zwischenräumen und »Figuren des Dritten«, die sich innerhalb oder jenseits des binären Ordnungsmusters des Kalten Krieges ausprägten. Eine der Ausgangsüberlegungen bildete die Beobachtung, dass jede Kriegsform und auch der Kalte Krieg tiefe Spuren in Gesellschaften und Wissenssystemen hinterlässt oder hinterlassen hat. Der explorativ gestaltete Workshop sollte der Frage nachgehen, mit welcher Reichweite der Kalte Krieg als ein hyper-bellifiziertes Ordnungsmuster wirken konnte und inwiefern dem klassischen Dualismus seiner Kriegsordnung weitere Figurationen beigeordnet werden müssen. Die Annahme vom omnipräsenten Kalten Krieg könne demnach aufgebrochen werden, ohne seine Totalität in Zweifel zu ziehen. In welchem Umfang prägte sich die Präsenz des Kalten Krieges konkret aus, wo und wie bildeten sich Areale der Abgrenzung und Abweichung oder separater Existenz? In welchen Regionen, Denkmustern und Konflikten war das Ordnungsmuster des Kalten Krieges handlungsleitend, beeinflussend oder nur im Hintergrund angedeutet? Die Kriegsstruktur des Kalten Krieges in diesem Sinne differenzierter zu betrachten bedeutet auch, seine grundlegende Konstitution als binäre Supermachtstruktur ebenso zu hinterfragen wie die von ihm scheinbar eindeutig beeinflussten territorialen, institutionellen oder epistemischen Formationen. Augenscheinlich trat der Kalte Krieg unweigerlich in Konkurrenz zu anderen Deutungs- und Handlungsmustern, die in der Regel mit der von den Supermächten USA und UdSSR im antagonistischen Einvernehmen konstituierten bipolaren Ordnung verflochten waren.

Kontakt: Claudia Kemper, Hamburger Institut für Sozialforschung,
E-Mail: Claudia.Kemper@his-online.de

Es ging also weniger darum, die in einer transnationalen Perspektive erfassten Strömungen und Verwirrungen oder eine globale Verflechtungsgeschichte zu diskutieren, sondern die oft zitierte »Figur des Dritten« in Verbindung mit der binären Codierung des Ost-West-Konfliktes zu identifizieren. Dies geriet umso reizvoller, weil sich das binäre Denken der Neuzeit von Beginn an auf Formen des Dritten zur Stabilisierung der dualen Struktur stützt. Mit ihr verbinden sich »Figurationen« einerseits und die Bewegung in Beziehungsdreiecken andererseits. Letzteres wurde zudem gegen Ende des 20. Jahrhunderts im kulturwissenschaftlichen Denken virulent, als die Stabilität des Ganzen nicht allein durch die Ausrufung eines Ausnahmezustandes in Gefahr geriet, sondern schlicht nicht mehr gewährleistet war: Subjekt- und Objektstatus hoben sich auf, Hybridität und Trans-Beziehungen formten epistemische, aber auch gesellschaftliche Konzepte. Insofern spiegelte die Fragestellung des Workshops naturgemäß auch das wissenschaftliche Selbstverständnis der Veranstalter wider.

In diesem Sinne boten materielle Sonderbereiche in einem Land der Neutralität die ersten greifbaren Objekte, um dem Dritten als Ort des Ausnahmezustandes näher zu kommen. Die Bunkerbauten in der Schweiz sind Kristallisationspunkte solch materiell und imaginär sich immer neu konfigurierender Räume.

Silvia Berger Ziauddin (Zürich) verwies auf das in der Schweiz auch im privaten Bereich weitgehend ausgebaute Zivilschutzsystem, das im Kalten Krieg nicht nur politisch, sondern auch mental eng mit dem Neutralitätsdenken verbunden war und sich immer auch als Sicherheitsdenken offenbarte. In gedanklicher Verlängerung bis in die 1930er und 1940er Jahre stellten die Bunker manifeste Kontinuitäten dieses Sicherheitsdenkens dar, moderne Formen der »reduits«, der in den Bergen eingelassenen Schutzzonen, in denen sich die Bevölkerung in gefährvollen Zeiten zurückzog. Im heterotopischen Sinne als »third spaces«, als Raum der Möglichkeiten, zu fassen, präsentierten sich die Bunker als geregelte und geradezu vollkommen gedachte Räume, als »Separées im Bipolaren«. Nach Jahrzehnten des nahezu einhelligen Ausbaus erodierte ab den 1980er Jahren dieser Monolith des Schutzes. Indem die binär codierte Bedrohung aufgebrochen und gesellschaftlich zunehmend mehrfache Bedrohungslagen diskutiert wurden, nahm die Schutzfunktion des Bunkers innerhalb der Ost-West-Koordinaten ab. Konnte der atomare Schutzbunker für lange Zeit geradezu »Nestwärme« verbreiten und als Ort des Ausweichens gelten, bildete er in der Spätphase des Kalten Krieges nur noch den Ausgangspunkt, um über das Weiterleben nach dem Atomschlag nachzudenken. Mit den ersten Studien zur Überlebensfähigkeit in einem Bunker und nach einem Bunkeraufenthalt normalisierte sich der Bunker. Seine Funktion als Drittes ließ nach und bot keine Alternative mehr zu den binären Bedrohungen im Kalten Krieg.

Diese Infragestellung deckt sich mit allgemeinen Entwicklungen in Europa, wo die Friedensbewegung versuchte, die Logik des Kalten Krieges zu untergraben. Von dieser ausgehend und als gesellschaftlicher Diskurs präsent, erodierte das binäre Ordnungsmuster des Kalten Krieges in den 1980er Jahren, ohne aber letztgültig aufgelöst zu werden. Die machtpolitische Binarität zwischen Ost und West wurde vielmehr ergänzt durch weitere, nicht weniger binär codierte Ordnungsmuster.

Jan Hansen (Berlin) verwies beispielhaft auf das Nord-Süd-Denken, auf Theorien der Interdependenz und Globalität, die in dieser Phase noch keine wirkmächtigen Konzepte gewesen sein mögen, aber die eindimensionale Zweiteilung der Welt auffächerten und unterwanderten. Bekannt wurden sicherheitspolitische Alternativkonzepte wie die »gemeinsame Sicherheit«, die »europäische Sicherheit« oder ein multipolares Sicherheitssystem. Alternativkonzepte bezogen jedoch ihre Plausibilität vor allem durch die Existenz des Kalten Krieges, dessen Binarität genauso beschworen werden musste wie seine Gefährlichkeit. Während in dieser Formation Bedrohung und Sicherheit differenziert wurden, um dem Binären zu entkommen, stellte der Aufstieg des internationalen Terrorismus eine übergreifende Bedrohung dar, die die Grenzen von unterschiedlichen Sicherheitsapparaten auflöste.

Zwischen den Geheimdiensten in Osteuropa stellte der Terrorismus ein Kooperationsfeld dar, in dem technisch und mit dem Ziel der Stabilisierung im Inneren zusammengearbeitet wurde, wie *Emmanuel Droit* (Berlin) diskutierte. Der gemeinsame Feind, der Terrorismus »von außen«, war Ende der 1970er Jahre von den osteuropäischen Geheimdiensten identifiziert; multilaterale Treffen in unterschiedlichen osteuropäischen Hauptstädten festigten das gemeinsame Sicherheitsverständnis, wobei sich geheimdienstliche und polizeiliche Innovation sehr unterschiedlich ausprägte. Ungarn nahm in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle ein, gehörte schon 1980 Interpol an und lässt sich in der Rückschau als ein Experimentierfeld der internationalen Sicherheit im Ostblock verstehen. Der gemeinsame Feind wurde von hier zunächst dem Westen zugeordnet, aber transzendierte über Bande auch die Blockgrenzen.

Ganz offen, aber nicht offensiv wurden die Blockgrenzen überschritten, wenn sich Vertreter von Sicherheitsinstituten aus Ost- und Westdeutschland trafen. Die SPD begegnet uns in diesem Zusammenhang in einer Doppelrolle als beschleunigender und bremsender Moment im Ost-West-Verhältnis, womit sich eine interessante dritte Figuration der Parteipolitik abzeichnet. Parallel zu den Planungen des NATO-Doppelbeschlusses unter einer SPD-Regierung gewann der interne Kurs, eine gemeinsame Sicherheitspolitik im deutsch-deutschen Dialog zu entwickeln, an Fahrt.

Sabine Loewe-Hannatzsch (Mannheim) ging auf die mittleren 1980er Jahre ein, als die SPD nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung förmliche Be-

ziehungen zur SED aufnahm und einen deutsch-deutschen Wissenschaftsdialog initiierte. Eine Form von kontrolliertem gemeinsamem Diskurs über die vernetzte Bedrohung entstand, mit dem sich auch der Sicherheitsbegriff zunehmend differenzierte. Darüber hinaus trafen sich Vertreter u. a. vom Institut für Sicherheits- und Friedensforschung in Hamburg (ISFH) und vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR für ein bis drei Tage und diskutierten zu einem vorab festgelegten Thema. Neben Verständigung galt als erwünschter Nebeneffekt die Diffusion des eigenen Sicherheitsverständnisses in die politische Logik des Gegenübers. Sicherlich konnten die Institute postulieren, auf diesem Wege blockfreie Sicherheitsvorstellungen entwickelt zu haben, an die nach der Wende angeknüpft werden konnte. Aber dieser Effekt lässt sich vor allem rückwirkend erkennen. Eingebettet in die Unwägbarkeiten der 1980er Jahre erscheinen die Treffen vielmehr als eigene Refugien und Sicherheitszonen, in denen vor den Augen aus Ost und West inszeniert wurde, was möglich war.

An diesen und anderen Diskussionspunkten stellte sich die Frage, ob die Figur des Dritten als Phänomen und Figuration definiert werden könne oder eher als ein Zustand der Transzendenz, genauer als ein Modus, in dem sich die im Kalten Krieg bewährten Zuordnungen nicht mehr einhalten ließen. Eine weitere Möglichkeit zeichnete sich ab, als die Runde über Motive und machtpolitische Strategien peripherer oder blockfreier Staaten diskutierte.

Andreas Weiß (Braunschweig) führte an der unterschiedlichen Organisationsentwicklung des Militärbündnisses Southeast Asia Treaty Organisation (SEATO) einerseits und dem Wirtschaftszusammenschluss Association of Southeast Asian Nation (SEAN) andererseits vor, wie sich südostasiatische Länder nicht nur in den Koordinaten, sondern auch in den Konjunkturen des Kalten Krieges positionierten. Der bis 1977 existierenden SEATO gehörten als asiatische Mitglieder jedoch nur Thailand und die Philippinen an. Die schon 1967 gegründete ASEAN funktionierte wiederum ähnlich wie die damalige EWG, positionierte sich aber außerhalb der Ost-West-Militärbündnisse und grenzte sich deutlich vom binären Machtsystem ab. Mit Abwicklung der SEATO transponierten auch machtpolitische Interessen in die ASEAN, wobei nicht allein der Wunsch nach Abgrenzung von Ost und West die asiatischen Staaten motivierte. Vielmehr lässt sich gerade am Beispiel ASEAN zeigen, wie ab Ende der 1960er Jahre das von zahlreichen internationalen Organisationen entdeckte regionale Prinzip zur Anwendung kam und politisch-kulturelle Gemeinsamkeiten (z. B. in der Verhandlungskultur) ihre Wirkung entfalteten. Die Figur des Dritten begegnet uns hier als ein weiteres Paradoxon, denn die ASEAN-Politik konzentrierte sich über die Schaffung eines Wirtschaftsraumes hinaus auf die Sicherung der eigenen Herrschaft oder auf Herstellung eines kulturell-ideellen Raumes. Dies durchzusetzen und durchzuhalten bedurfte der expliziten Distanzierung von den herkömmlichen Blockzuordnungen.

Eine weitere Variante, politische Legitimation durch das Ausweichen vor den Ost-West-Blöcken zu erlangen, bildeten die bündnisfreien Staaten. *Jürgen Dinkel* (Gießen) betonte zunächst zwei klassische Lesarten, nach denen die Blockfreien vor allem aus europäischer Sicht entweder als Ausweg aus der Blockkonfrontation oder von der internationalen Diplomatie als unentschiedener Machtfaktoren eingeordnet wurden. Daneben galten aus kapitalismuskritischer Sicht die Blockfreien als Produkt des Gegensatzes von industrialisierten und nicht-industrialisierten Ländern, womit der Ost-West-Gegensatz eine zu vernachlässigende Rolle zu spielen schien, zugunsten der Aussage, blockfreie Länder konstituierten sich aus dem Impuls vertikaler Unterdrückung. Dieser kapitalismuskritische Diskurs der 1970er Jahre orientierte sich stark am Nord-Süd-Gegensatz und festigte eine eigene binäre Codierung der Weltordnung, ohne aber den Ost-West-Gegensatz aufzulösen, der sich schließlich auch auf Mikroebene auf der Südhalkugel niederschlug. Wendet man den Blick auf die innere Entwicklung der bündnisfreien Bewegung, zu der u. a. Indien, Jugoslawien und Ägypten gehörten, fallen die langfristig formulierten Perspektiven auf. Demnach verstanden sich die Blockfreien auch als Option die Blockkonfrontation zu überwinden. Die machtpolitische Randlage in der klassischen Konstellation des Kalten Krieges sollte, so die bewegungsinterne Lesart, zu einem Vorteil genutzt werden, um international wirksam gerechte und gleiche international-wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu fordern. Das Selbstverständnis der »Bündnisfreien« generierte sich hauptsächlich aus dem Antrieb, möglichst unabhängig von den westlichen und östlichen Bündnissen zu agieren – auch eine Schlussfolgerung aus den Erfahrungen aus kolonialer Zeit.

Der Eindruck verstärkt sich, die Figur des Dritten in den Logiken des Kalten Krieges als einen Möglichkeitsraum zu verstehen, der nicht nur als gebauter Ort wie im Fall der Bunker, sondern als Randzone oder »Terra Nullius« in Erscheinung trat. Den Supermächten des Kalten Krieges war klar, solche Räume bedeutungsvoll besetzen zu müssen, denn im total gedachten Kalten Krieg konnte es kein »außen« geben. Aber eindeutige Inbesitznahmen – materiell, ideell, diskursiv oder performativ – gerieten im Laufe der Zeit schwierig und mussten ab den 1970er Jahren endgültig mit pluralen Weltdeutungen konkurrieren. Den existenziell aufeinander bezogenen Großmächten USA und Sowjetunion erwuchs in der pluralen Weltsicht ein Gegenüber.

Andrea Rehling (Mainz) konnte zeigen, wie sich dieses Gegenüber auch in dem völkerrechtlich verbrieften »gemeinsamen Erbe der Menschheit« konstituierte, mit dem nach 1945 Räume oder Objekte deterritorialisiert und zunächst auch entpolitisiert wurden. Da Antarktis, Mond und Meere territoriale Machtfaktoren sondergleichen bildeten, sollten die Gebiete in diesem Sinne vor einseitigen Inbesitznahmen geschützt werden. So verpflichtete etwa der Antarktis-Vertrag von 1959 alle Teilnehmer, die Gebiete »zum Nutzen der gesamten Menschheit« zu

erschließen, womit die wissenschaftliche Erkundung Vorrang vor allem anderen erhielt und diese gleichzeitig zu einem politischen Akt geriet. Bis in die 1960er Jahre konnten die als »Erbe der Menschheit« bezeichneten Gebiete ihre Funktion als Projektionsfläche für positive Zukunftserwartungen erfüllen, bis auch hier konkurrierende Interpretationen einsetzten, etwa in postkolonialen Debatten. War es in den 1950er Jahren noch ganz gut gelungen, den Schutz der Territorien in den Mittelpunkt zu stellen, auch vor der drohenden Zerstörung im Falle einer atomaren Eskalation, transzendierte der Begriff des Welterbes und schloss zunehmend immaterielle Kulturgüter ein.

Bekanntermaßen beginnt die Politisierung eines Vorgangs nicht selten in dem Moment, wenn er als unpolitisch bezeichnet wird. Mehr noch: die Notwendigkeit zur unpolitischen Deklaration weist darauf hin, wie politisch die Rahmenbedingungen sind. Humanitären Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ging es während des Kalten Krieges nicht anders, wie *Heike Wieters* (Berlin) zeigte. Die privat initiierte Cooperative for American Relief Everywhere (CARE) stand nach Auslaufen des Hilfsprogramms in Europa vor der Frage, wo und wie weitergearbeitet werden könnte. Längst waren die von der US-Regierung ausgeschriebenen Hilfsprogramme Teil der Containment-Politik, die sich auch auf private Akteure stützte. In den 1950er Jahren nahm CARE am Hilfsprogramm für Ägypten teil, das sich wiederum Angeboten sowjetischer Entwicklungshilfe annäherte. Als das Land den Suez-Kanal nationalisierte, setzten die USA ihre Unterstützung aus, sodass sich auch die vermeintlich unabhängig agierende CARE zurückziehen musste und einen deutlichen Reputationsverlust erlitt. Innenpolitisch musste sich die Organisation wiederum mit dem US-amerikanischen Außenministerium auseinandersetzen, wo verschiedene Fraktionen über Ziel und Form humanitärer Hilfsleistungen stritten. Aus staatlicher Perspektive traten NGOs wie CARE sehr ambivalent auf, da sie die internationale binäre Ordnung unterliefen und zugleich stabilisierten. Grosso modo bewegten sich aber beide Rollen innerhalb des binären Systems: Die humanitäre Arbeit konnte den sozialen und wirtschaftlichen Druck in schwächeren Ländern verringern, und gleichermaßen nutzten NGOs wie CARE die Bedrohungslage des Kalten Krieges, um ihre eigene Relevanz als Akteur des »Westens« in der internationalen Ordnung zu unterstreichen, waren sie doch Garanten eines zivilgesellschaftlich konstruktiven Outputs. Dieses nationalstaatlich dirigierte Konzept der humanitären Hilfe funktionierte besonders gut in den 1950er und 1960er Jahren, aber ließ sich seit den 1970ern nicht mehr durchhalten, weil Zahl und internationale Vernetzung der NGOs exponentiell zunahmen.

An politischen und wissenschaftlich abgestützten Begründungen für eine internationale Einflussnahme im Zeichen des Kalten Krieges war selten Mangel. Ihre ideelle Triebfeder in Form von Entwicklungstheorien wurde frühzeitig in komplexen Modellen durchdacht, von denen Dependenz- und Interdepen-

denztheorien zu den bekanntesten gehörten. Hingen nationalstaatliche Entwicklungen von äußeren Faktoren ab, oder stand die eigene Entwicklung in einem Netz verschiedener Entwicklungen und Einflüsse?

Martin Deuerlein (Tübingen) verwies auf einen heterogenen Wissenschaftsdiskurs in dieser Frage, der seit den 1970er Jahren davon geprägt wurde, Problemlagen als parallele und in der Regel verknüpfte Phänomene zu betrachten. Schon seit dem 19. Jahrhundert kursierte der Interdependenzbegriff als Beschreibung linear gedachter Entwicklungen, die Betonung des Verflechtungszusammenhangs kam in den 1960er Jahren hinzu; politikwissenschaftlich populär und politisch wirksam machten ihn schließlich Robert Keohane und Joseph Nye, die ihn als faktische Beschreibung der Weltordnung nutzten. In der Tat schien sich mit dem Konzept die unübersichtliche Lage, vor allem mit den einsetzenden Ölkrisen ab 1973, nicht nur erfassen, sondern auch erklären zu lassen. War hier nicht der offensichtliche Beleg gegeben, für die direkten und indirekten Abhängigkeiten in einer globalen Welt, die es zu beherrschen galt? Dennoch stellte dieses globale Denken keinen Gegensatz zu den binären Logiken des Kalten Krieges dar, denn Interdependenztheoretiker sprachen über eine multipolare Ordnung, um im nächsten Schritt Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten zu entwickeln. Der in den 1980er Jahren propagierte »freie Markt« ist eine Folge dieses Anspruchs.

Zu den bekanntesten Prognosen, wie sich die verflochtenen Ströme des Wachstums auf das Weltgeschehen niederschlagen würden, gehörte sicherlich der Bericht des Club of Rome von 1972. *Christian Albrecht* (Konstanz) ging auf dieses im klassisch kybernetischen Stil angefertigte Zukunftsmodell mit progressiver Wirkung ein. Und einmal mehr offenbarte sich die erste Hälfte der 1970er Jahre als die Auslaufzeit epistemischer Eindeutigkeit, wobei sich die politischen Implikationen interdependenter und holistischer Weltdeutungen nicht deckten, sondern in Konkurrenz standen. Gemeinsam war der wissenschaftlichen Prognose des transnational formierten Elitenzirkels im Club of Rome und anderen politischen Entwürfen, dass sie sich auf kleinteilige Problemanalyse einließen, weitreichende Zusammenhänge betonten und den Anspruch erhoben, diese managen zu können.

In den internationalen Beziehungen fand sich mit der »Trilateralen Kommission« eine Formation, in der die Elite der Interdependenzpraktiker regelmäßig zusammenfand und versuchte, sich ein »großes Bild der Lage« zu verschaffen. Die das binäre Konfliktmuster des Kalten Krieges galt nur noch als ein Strang neben anderen. *Frank Reichherzer* (Potsdam) verwies auf Problemanalysen, die am Anfang der Kommission stand, wonach weder bewährte Netzwerke noch Kommunikationskanäle weiterhin in der Lage seien, notwendige Informationen für die politische Entscheidungsfindung zu verdichten. Ihr bewährter Ablauf schien nicht mehr gewährleistet. Der Befund leitete paradoxerweise zu einem Verfahren über, mit dem die Wissensanreicherung exponentiell erhöht werden

sollte. Die Einrichtung der »Trilateralen Kommission« war eine Reaktion auf die vor allem innerhalb des Westens starken zentrifugalen Kräfte und zugleich der optimistische Versuch, Handlungsanweisungen für die interdependenten internationalen Strukturen zu entwickeln. Fraglich bleibt, ob sich auch hier die Ablösung des Kalten Krieges abzeichnete, oder ob sich seine binären Codierungen nun auf mehreren Ebenen ansiedelten. Fokussiert man wiederum die Gestaltungskraft der binären Großkoordinaten, begann das Ende des Kalten Krieges schon in dieser Phase, denn die Krise des Westens war eine Krise seiner Grundfesten, die auf eindeutige Feindbestimmung ausgerichtet waren. Zu vermuten ist, dass das atomare Bedrohungsarsenal nicht trotz, sondern wegen der zunehmend komplexen Problemanalysen seine Kraft behielt.

So unterschiedlich die Fallbeispiele angelegt waren, so eindeutig fiel der zeitliche Befund aus, in den 1970er Jahren den von den Zeitgenossen wahrgenommenen Verlust an politischer Steuerungsfähigkeit zu verorten. Das Narrativ ist bekannt, aber kann mit den triangulierenden Analysen des Workshops ausgeweitet werden. Denn zu fragen ist, ob es sich um den Effekt einer zunehmend komplexen Problemlage handelte oder um den Anstoß, bisherige Wahrnehmungen auszuweiten? Verfeinerten sich lediglich die Instrumente (theoretisch, organisatorisch, kommunikationstechnologisch) der Weltbeobachtung, mit deren Hilfe Komplexität konstatiert wurde, oder erschütterte eine zunehmende Komplexität tatsächlich die eingeübte binäre Logik? Letzteres erscheint allzu linear gedacht, denn binäres und verflochtenes Denken beziehen sich konstitutiv aufeinander, womit die Figur des Dritten sowohl die Übergänge zwischen dem einen und anderen als auch die Dynamik der Auflösung von Eindeutigkeit beschreibt, genauer gesagt den Umstand, dass sich Beobachtungspunkte und Beobachter unruhig bewegen. Im Laufe der Workshop-Diskussionen verflüssigte sich die »Figur des Dritten« zusehends. Als heuristisches Mittel konnte sie wiederum aufzeigen, wie die Kritik am binären Denken sowohl fester Bestandteil im Kalten Krieg war als auch das Produkt retrospektiver Reflexion über ihn. Eine von zahlreichen (vermeintlichen) Paradoxien zeigte sich etwa an den größtenteils im Kalten Krieg entstandenen wissenschaftlichen Diskursen und Verflechtungen, die dazu beitrugen, seine binäre Codierung aufzulösen. Für die Analyse des Kalten Krieges bestätigte sich im Verlauf der Diskussion ein ums andere Mal die von Albrecht Koschorke für soziale Räume gemachte Schlussfolgerung: »In dritten Räumen [...] schwächt sich das Machtfeld nicht einfach ab; es arrangiert sich nur nach komplizierteren Regeln.«¹

¹ Albrecht Koschorke, Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften. In: Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma. Hrsg. von Eva Eßlinger [u.a.], Frankfurt a.M. 2010, S. 9–31, hier S. 23.